



„Die weiteren Aussichten...“

KARIKATUR: TOMICEK

## LEITARTIKEL

## Feuerprobe für Schweden

VON ANDRÉ ANWAR

- Nach dem Lkw-Anschlag setzen Tausende Menschen Zeichen gegen Gewalt
- Festgenommener Usbeke sollte eigentlich abgeschoben werden
- Ermittlungen laufen auf Hochtouren, Grenzen werden kontrolliert

Der Lkw-Anschlag im Herzen von Stockholm hat ganz Schweden zutiefst erschüttert und verunsichert. In dem friedlichen Land gab es seit 200 Jahren keinen Krieg mehr. Es handelt sich um den ersten Terroranschlag mit mehreren Todesopfern der jüngeren Geschichte. Gerade das neutrale Schweden, das sich zurecht gern als „humanitäre Supermacht“ und friedensschaffende Nation bezeichnet, hat sich im internationalen Vergleich stets besonders deutlich um ein gutes Verhältnis mit der islamischen Welt bemüht.

So hat es 2014 als erstes westliches Land überhaupt den Staat Palästina anerkannt, und sich damit den Zorn Israels aufgebürdet. Es galt als Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei. Kein anderes Land hat zudem in Europa gemessen an seiner Bevölkerungszahl von rund zehn Millionen Menschen so viele Flüchtlinge während des Bürgerkrieges in Syrien aufgenommen. Daher ist der Anschlag nicht nur so überraschend, sondern auch besonders verabscheuungswürdig.

Denn auch im Inneren Schwedens herrschte stets viel Toleranz und im Vergleich zu den meisten anderen Ländern Westeuropas relativ wenig Rassismus gegenüber Einwanderern mit moslemischem Hintergrund. Die Integration früherer Einwanderergenerationen verlief größtenteils erfolgreich im reichen Wohlfahrtsland Schweden.

Auch die schwedische Willkommenskultur bei der gegenwärtigen Flüchtlingskultur war unbeschreiblich und nicht nur ein Lippenbekenntnis. Noch im September 2015, als am meisten Flüchtlinge ins Land kamen, ergab eine repräsentative Umfrage der Zeitung „Dagens Nyheter“, dass immerhin 44 Prozent der Schweden damals bereit waren, noch mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Die rechten Schwedendemokraten konnten bislang kaum von der Flüchtlingskrise profitieren.

Dass ausgerechnet Schweden dem Attentäter als Feindbild für was

auch immer taugte, zeigt, wie irrational er gedacht haben muss. War es purer Hass? Wie kann ein 39-jähriger Vater von vier Kindern alleine mit Hilfe einer religiösen Überzeugung ein elfjähriges Schulmädchen, das auf seine Mutter wartet, mit einem Lastwagen überfahren?

Im Grunde sei es falsch die Tat in Stockholm zu sehr zu politisieren, und ihr damit unberechtigte Bedeutung einzuräumen, forderte der bürgerliche Ex-Außenminister Carl

## Auch in Schweden dürfte bald die Debatte über einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Terrorismus losgehen.

Bildet nach dem Anschlag treffend. Aber genau das wird wohl geschehen. Nächstes Jahr wird in Schweden ein neues Parlament gewählt.

Am Wochenende herrschte erst einmal Burgfrieden in Schweden. Doch auch in Schweden dürfte nach der Schonzeit die Debatte über einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Terrorismus und dem Sinn von weiteren Maßnahmen zur Bürgerüberwachung losgehen. Dass die Schwedendemokraten vom Anschlag profitieren werden, ist nicht gewiss. Aber die Befürchtung ist gerechtfertigt, dass ein Teil der „humanistischen Supermacht“ Schweden durch den brutalen Anschlag am Freitag für immer zerbrochen ist.

newsdesk@freiepresse.de

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen  
**Verlag:** Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG  
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15  
 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261  
**Telefon:** 0371 6560  
**Telefax Redaktion:** 0371 656-17084  
**Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077  
**Internet:** www.freiepresse.de  
**E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de

**Geschäftsführer:** Ulrich Lingnau  
**Chefredakteur:** Torsten Kleditzsch  
 (verantwortlich für den redaktionellen Teil)  
**Stellvertretende Chefredakteur:**  
 Udo Lindner, Jana Klameth

**Mitglied der Chefredaktion:** Sascha Aurich

**Anzeigenleitung:**

Gesamt: Tobias Schniggenfittig  
 (verantwortlich für den Anzeigenteil)  
 National: Alexander Arnold  
**Leiter Leserkreis:** Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 28,80 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 35,90 €.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.

## DAS THEMA: ANSCHLAG IN STOCKHOLM

## Zeichen gegen Gewalt

Sowohl Trauer als auch Trotz sind in Stockholm am Wochenende nach dem Lkw-Anschlag zu spüren. Zwei Verdächtige sitzen in Haft. Das Motiv und viele weitere Fragen bleiben offen.



Blumen wurden in der Innenstadt unweit des Einkaufszentrums „Åhléns City“, dem Ort des Lkw-Anschlags vom Freitag, niedergelegt. FOTO: MARKUS SCHREIBER/DPA

VON LENNART SIMONSSON  
UND JULIA WÄSCHENBACH

**STOCKHOLM** – Ein Blumenmeer erstreckt sich über die Treppen hinunter zum Sergels Torg. Zu dem Platz mitten in Stockholm ist gestern Nachmittag fast kein Durchkommen. Tausende Menschen stehen hier zusammen, einige weinen leise. Margareta Sjöberg hält selbstgepflückte Anemonen in der Hand. „Ich hatte das Gefühl, es wäre wichtig, hier unter meinen Landsleuten zu sein“, sagt sie. Die Frühlingssonne strahlt vom Himmel, als wollte sie das Dunkel verdrängen, das ein blutiger Anschlag am Freitagnachmittag über die schwedische Hauptstadt gebracht hatte.

Der Sergels Torg mit seinem Eingang zur U-Bahn ist nur einen Katzenprung von der belebten Einkaufsstraße Drottninggatan entfernt, in der ein Lastwagen in Menschen gefahren war und vier Menschen getötet hatte. „Es war so schrecklich“, sagt John Ronnblom, ein Rentner, der eigentlich mit seiner Frau nach Finnland reisen wollte, um ihren 87. Geburtstag zu feiern. Doch nach der Attacke sagen die beiden den Trip ab. Hier zu sein, ist für sie jetzt wichtiger.

Diesen Gedanken teilen viele Stockholmer und Touristen, die sich zu einer „Liebes-Kundgebung“ auf dem Platz versammelt haben. „Toll, dass die Leute sich getraut haben, hier raus zu kommen und zu zeigen,

dass wir zusammen sein wollen“, sagt Teddy, der mit Freunden gekommen ist.

Um genau 14.53 Uhr, dem Zeitpunkt des Anschlags am Freitag, ist es auf dem Platz für eine Minute fast unheimlich still. Ein kleiner roter Luftballon in Herzform flattert langsam aus den Händen eines Besuchers gen Himmel. Die Hauptstädter erinnern sich an die vier Todesopfer, zwei Menschen aus Schweden, einer aus England und eine Belgierin. Viele nehmen sich in den Arm, manche haben die Blicke gesenkt. Sie wollen gemeinsam dem Terror trotzen, und das verarbeiten, was ihnen immer noch unwirklich erscheint.

Am Kaufhaus Åhléns hat das Geschehen deutliche Spuren hinterlassen. Hier kam der Lastwagen einer Brauerei, den der Täter entführt hatte, am Freitag zum Stehen, durch-

brach die Fassade. Jetzt decken Spanplatten die zerstörten Wände ab. Darauf haben Besucher in vielen Sprachen Botschaften geschrieben. „Wir stehen zusammen“, steht dort, und „Gewalt mit Frieden bekämpfen“. Die Absperrungen um den Tatort hat die Polizei inzwischen entfernt, die vielen Rosen, Gerbera und Tulpen eingesammelt, die die Gitter mit ihrem Gewicht niederzudrücken drohten. „Wir haben uns entschieden, sie auf die Treppen zu legen“, sagt Nina Taberman von der Stadt Stockholm, während Mitarbeiter in orangefarbenen Overalls immer noch Kerzen und Frühlingsblumen in allen Farben auflösen und in Schubkarren zum Sergels Torg bringen. „Hier bleiben sie so lange liegen, wie die Menschen es brauchen.“

Was nicht nur Stockholm, sondern ganz Schweden auch braucht, ist Klarheit. Über das Wochenende

erhärtet sich der Terrorverdacht gegen einen 39-jährigen Usbeken, den die Polizei nach der Tat am Freitag festgenommen hatte. Die Ermittler rücken nur zögerlich mit Details über den Mann heraus. Er soll mit „extremen Organisationen“ wie der Terrormiliz Islamischer Staat sympathisiert haben und 2014 eine Aufenthaltsgenehmigung in Schweden beantragt haben. 2016 wurde diese abgelehnt, der Mann sollte das Land verlassen – tauchte aber unter.

„Das frustriert mich“, sagt Schwedens Regierungschef Stefan Löfven. Nach einem Nein zum Antrag auf Aufenthalt müsse eine abgelehnte Person das Land verlassen. Am Sonntagmorgen nahm die Polizei eine weitere Person unter Terror- und Mordverdacht fest. Details dazu gibt es aber bisher nicht.

In Schweden sind jetzt mehr Polizisten auf den Straßen unterwegs, vor allem in Stockholm. Alle Ausreisenden werden an den Landesgrenzen kontrolliert. „Es wäre nicht menschlich, keine Angst zu haben, aber das Leben muss bald wieder zur Normalität zurückkehren“, sagt Innenminister Anders Ygeman.

Auch Schwedens Kronprinzessin Victoria und ihr Mann Daniel besuchen am Wochenende den Ort des Anschlags. Ganz in Schwarz gekleidet, legt die Thronfolgerin rote Rosen nieder. Tränen steigen ihr in die Augen. Auf die Frage eines Reporters, wie ihr Land durch diese schwere Zeit komme, antwortet sie mit nur einem Wort: „Zusammen.“ (dpa)

## Entschädigung der Berliner Terroropfer durch den Staat?

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hält es einem Zeitungsbericht zufolge für möglich, dass beim Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt ein Fall von Amtshaftung und damit ein Entschädigungsanspruch durch den Staat vorliegen könnte. „Um den Sicherheitsbehörden in einer solchen Konstellation nachträglich eine Amtspflichtverletzung nachzuweisen, müsste eine verdichtete Gefahrenlage belegt werden“, heißt es in einem Gutachten, das dem „Tagesspiegel“ vorliegt. Verursachten

Staatsdiener jedoch – auch durch Unterlassen – einen Schaden, führe dies „zu einem Schadenersatzanspruch“. Das Gutachten hatte Heike Hänsel von den Linken in Auftrag gegeben.

**Im Dezember 2016** hatte der Asylbewerber Anis Amri in Berlin zwölf Menschen getötet und mehr als 50 verletzt. Amri war zuvor monatelang von Beamten aus Nordrhein-Westfalen und Berlin überwacht worden. Er wurde aber weder angeklagt noch abgeschoben. (epd)

## Terrorgefahr aus Zentralasien

Nach den Anschlägen von St. Petersburg und Stockholm richtet sich der Blick in diese Region

VON EDDA SCHLAGER

**ALMATY** – Wie groß ist die neue Terrorgefahr aus Zentralasien? Die Frage drängt sich auf nach zwei Anschlägen innerhalb einer Woche, an denen offenbar Täter aus Kirgistan und Usbekistan beteiligt waren: Für das Attentat auf die Metro in St. Petersburg soll ein junger ethnischer Usbeke aus Kirgistan verantwortlich sein, für den Anschlag in Stockholm ein 39-jähriger Usbeke aus Samarkand.

Tatsächlich haben sich dem Islamischen Staat, der Al-Nusra-Front und anderen islamistischen Gruppen in Syrien rund 4000 Kämpfer aus Zentralasien angeschlossen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Zentrums für Strategische Studien der US-amerikanischen Nationalen Verteidigungsuniversität vom Oktober vergangenen Jahres.

Terroristen aus Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenis-

tan und Usbekistan machen demnach mehr als 17 Prozent aller der auf mehr als 20.000 geschätzten ausländischen Kämpfer innerhalb gewalttätiger extremistischer Gruppen in Syrien und im Irak aus.

Rund 68 Millionen Menschen leben in der Region zwischen Russland und Afghanistan, der überwiegende Teil sind Muslime. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebte der Islam hier einen Aufschwung, gilt aber als moderat. Als Folge der sowjetischen Vergangenheit sind die fünf Länder Zentralasiens bis heute säkular geprägt.

Eine Gemeinsamkeit allerdings haben die mutmaßlichen Täter von St. Petersburg und Stockholm – so wie der usbekische Attentäter, der für den Anschlag im Reina-Klub in Istanbul in der Silvesternacht 2016 verantwortlich war: Alle haben auf der Suche nach Arbeit ihre Heimat verlassen. Bis zu zwei Millionen Gastarbeiter, vor allem aus Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan,

leben dauerhaft in Russland. Allein im Vorjahr haben sie rund sechs Milliarden US-Dollar in die Heimat geschickt. Für die drei Länder, die zu den ärmsten innerhalb der GUS gehören, sind die Arbeitsmigranten einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Allein in Tadschikistan machten die Rücküberweisungen damit vergangenes Jahr rund ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts aus.

Dieses Geld sei „unter schwierigsten Bedingungen erarbeitet“, so Yan Matusевич vom Internationalen Zentrum zur Entwicklung von Migrationspolitik in Wien. „Vieles weist darauf hin, dass die Frustration über die Unterdrückung durch Arbeitgeber, der tägliche Rassismus und die Angst vor Polizeigewalt zu Islamismus führen.“ Noch sei nicht sicher, wo die Radikalisierung stattfindet, so Matusевич, ob in Moscheen in Russland, über das Internet oder über islamistische Anwerber in den Heimatländern.

In Zentralasien sind extremisti-

sche Gruppen wie der Islamische Staat, die Islamische Bewegung Usbekistan oder die Taliban zwar verboten. Doch dem milliardenschweren Einfluss aus dem Nahen Osten habe sein politisch und wirtschaftlich schwaches Heimatland schlicht nichts entgegenzusetzen, sagte der kirgisische Politaktivist Edil Baisalov. Saudi-Arabien habe seit der Unabhängigkeit mehr als 3000 Moscheen und Schulen in Kirgistan gebaut. Diese übernahmen für viele Menschen auch die soziale Fürsorge. „An die Stelle des Staates ist die Religion getreten“, so Baisalov.

Zum wirtschaftlichen Druck in den Heimatländern, komme häufig auch politischer, so der usbekische, im französischen Exil lebende Politologe Kamuliddin Rabbimov. „Der Vorwurf religiösen Extremismus“ ist in autoritären Regimen wie Usbekistan ein Mittel, um Regimegegner auszuschalten.“ Rund 15.000 politische Gefangene säßen dafür allein in Usbekistan im Gefängnis. (n-ost)